

Beschluss des Landrats vom 28.09.2023

Nr. 104

23. Anerkennung der erneuerbaren Gase als erneuerbare Energie 2023/223; Protokoll: bw

Landratspräsident **Pascal Ryf** (Die Mitte) informiert, der Regierungsrat sei bereit, den Vorstoss als Postulat entgegenezunehmen. Es liegt eine schriftliche Begründung vor.

Christine Frey (FDP) erinnert an die Debatte zum Energiegesetz und die Fragen von linksgrüner Seite, wo denn Beiträge der Bürgerlichen zur Förderung von erneuerbaren Energien sein. Diese Motion ist so ein Beitrag. Es geht darum, dass erneuerbare Gase als erneuerbare Energie anerkannt werden. Das ist im Kanton Basel-Landschaft noch nicht der Fall. Er richtet sich nach den MuKE (Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich) und diese schliessen erneuerbare Gase als erneuerbare Energie aus. 12 Kantone sind diesen mutigen Schritt aber bereits gegangen. Christine Frey möchte, dass dies der Kanton Basel-Landschaft ebenfalls tut.

Der Regierungsrat möchte zuerst klären, welche Anforderungen die erneuerbaren Gase zu erfüllen haben, um den Anforderungen an erneuerbare Energie zu entsprechen. Deshalb soll der Vorstoss als Postulat überwiesen werden. Eine Motion müsste innert zwei Jahren umgesetzt werden, was also genügend Zeit lassen würde, um eine Vorlage ausarbeiten zu können, die allen Ansprüchen genügt. Die Diskussion wird aber abgewartet, denn Christine Frey hat lieber den Spatz in der Hand, als die Taube auf dem Dach und würde gegebenenfalls in ein Postulat umwandeln.

Marco Agostini (Grüne) erinnert daran, dass die UEK einverstanden sei, dies im Energiegesetz zu verankern. Schade ist, dass Christine Frey und ein Teil der FDP-Fraktion dieses Gesetz ablehnen. Genau dieser Schritt ist ein Entgegenkommen von linksgrüner Seite, der aber anscheinend nicht viele Früchte trägt. Die Grüne/EVP-Fraktion unterstützt die Förderung der synthetischen Kraftstoffe. Wichtig wäre aber zuerst, dass das Energiegesetz angenommen wird. Wenn Christine Frey dieses ablehnt, widerspricht sie sich eigentlich.

Andi Trüssel (SVP) sieht es etwas anders als sein Vorredner. Jetzt müssen Nägel mit Köpfen gemacht werden. Bereits das Energiegesetz 2016 führt dazu, dass im Sommer ein Energieüberschuss vorhanden ist – dafür braucht es die Version 2023 nicht. Nun geht es darum, die überschüssige Energie umwandeln zu können. Die Technologien werden sich laufend verbessern, was zu besseren Wirkungsgraden führen wird. Aus diesem Grund ist die SVP-Fraktion dezidiert der Ansicht, dass diese Motion überwiesen werden muss. Weder auf Bundesebene noch im Baselbiet gibt es eine Wasserstoff- oder Geothermiestrategie. Irgendwann muss der Esel an den Ohren gepackt und in den Stall gezogen werden. *[Heiterkeit]*

Fredy Dinkel (Grüne) hält das Anliegen für sinnvoll und berechtigt. Auf der anderen Seite gibt es aber doch noch ein paar offene Fragen. In Deutschland wird beispielsweise die Produktion von Mais subventioniert, um danach Biogas daraus herzustellen. Das ist weder ökonomisch noch ökologisch oder sozial sinnvoll. Es ist wichtig anzuschauen, welche Gase anerkannt werden und welche nicht. Aus diesem Grund ist ein Postulat sinnvoller.

Thomas Noack (SP) verweist auf das Votum von Marco Agostini: Eigentlich würde das Anliegen mit dem Dekret zum Energiegesetz erfüllt, sofern der Landrat dem Gesetz und Dekret zustimmt. Dort geht es um die Verwendung von synthetischem Gas zu Heizzwecken. Es stellt sich schon die Frage, ob dies in Zukunft wirklich sinnvoll ist. Niemand ist dagegen, dass Überschussstrom in

Wasserstoff verwandelt und dieser gespeichert wird, um ihn dann der Industrie für Hochtemperaturprozesse zur Verfügung zu stellen. Das ist ein wichtiger und wesentlicher Schritt in der Energiediskussion, die aktuell geführt wird. Dieses Gas dann aber auch noch zu verheizen, ergibt schlicht und ergreifend keinen Sinn.

Der zweite Aspekt betrifft die Tatsache, dass aus der Verbrennung von fossilem Gas ausgestiegen werden muss. Das fossile Gas fliesst durch unsere Gasleitungen. Wird dort synthetisches Gas beigemischt, resultiert stets eine Mischung zwischen fossilem und synthetischem Gas. Das verunmöglicht ein Ausstieg aus Gas zu Heizzwecken. Mit Blick auf die CO₂-Bilanz ist das natürlich nicht wünschenswert. Deshalb ist es nicht sinnvoll, all diese Gase als erneuerbar darzustellen. Erneuerbar sind sie, wenn sie für Industrieprozesse verwendet werden. Zum Heizen ist das nicht sinnvoll, allerdings wurde dies im Dekret zum Energiegesetz – *contre cœur* – in der UEK als Entgegenkommen eingebracht. Das Anliegen von Christine Frey ist somit erledigt und der Vorstoss könnte auch abgeschrieben werden.

Claudia Brodbeck (Die Mitte) ist Vizepräsidentin des Bauernverbands. Für den Fall, dass Maisanbau als Strategie zur Herstellung erneuerbarer Gase gesehen wird, deklariert sie ihre Interessensbindung vorsorglich.

Die Mitte-Fraktion möchte technologieoffen eine Prüfung von erneuerbaren Gasen angehen. Die Technologien müssen aber am richtigen Ort eingesetzt werden. Die Fraktion unterstützt die Vorbehalte und möchte geprüft haben, wo es sinnvoll ist, dass erneuerbare Gase auch als erneuerbare Energie anerkannt werden. Gleichzeitig soll aber auch nichts verunmöglicht werden. Die Gasleitungen bestehen. Wenn es machbar ist, dann sollen die Gasleitungen weiter genutzt werden. Die Mitte-Fraktion würde aus diesen Gründen die Umwandlung in ein Postulat begrüßen.

Marco Agostini (Grüne) glaubt, Andi Trüssel habe ihm nicht zugehört – weder heute noch in den Sitzungen der Umweltschutz- und Energiekommission. Marco Agostini unterstützte das Anliegen immer. Bei Nägel mit Köpfen ist Marco Agostini sofort dabei und er unterstützt auch die Motion. Interessant wird sein, wie Andi Trüssel vorwärts machen möchte. Er war ja einer derjenigen, die die Sistierung des Energiegesetzes verlangten und es auf drei, vier Jahre hinausschieben wollten. Auf der einen Seite verlangt Andi Trüssel befehlshaberisch vorwärts zu machen, auf der anderen Seite unterstützt er andere nicht dabei, wirklich bei der Energiewende mit dem Energiegesetz vorwärts zu machen. Marco Agostini ist konsequent – bei synthetischen Treibstoffen wie auch beim Energiegesetz, Andi Trüssel leider nicht.

Gzim Hasanaj (Grüne) wähnt sich heute im falschen Film ob all der Widersprüche. Die Person, die am Vormittag die Bekämpfung des Energiegesetzes angekündigt hat, kommt nun mit einem Thema, das dort hätte platziert werden können. Andi Trüssel spielte am Vormittag das grosse Drama von mangelnder Energie und Zuwanderung vor, während er nun von überschüssiger Energie spricht, die umgewandelt werden soll. Was stimmt denn nun? Gibt es einen Mangel an Energie oder haben wir überschüssige Energie? Gzim Hasanaj ist der Überzeugung, dass mit der Investition in erneuerbare Energien ein Energieüberschuss realisiert werden kann, der durchaus in Wasserstoff umgewandelt werden sollte. Das ist auch der Weg, den wir gehen sollten. Die grossen Widersprüche von der bürgerlichen Seite haben aber etwas Operettenhaftes.

Manuel Ballmer (GLP) sagt, die GLP-Fraktion würde es ebenfalls begrüßen, wenn die Motion in ein Postulat umgewandelt würde. Die GLP ist stark für eine Power-to-Gas-Strategie. Auch die Überschüsse werden früher kommen, als dies einige meinen und das ist auch schön so. Mit der Photovoltaik wird vorwärts gemacht, es muss aber noch viel mehr vorwärts gemacht werden. An Gzim Hasanaj: Das Anliegen floss bereits in das Gesetz ein. Insofern könnte man das Anliegen

am einfachsten erfüllen, indem dem Energiegesetz zugestimmt wird – auch um die Regierung und die Verwaltung nicht unnötig zu beüben.

Urs Kaufmann (SP) hält für den besten Weg, dieses Anliegen als Postulat zu überweisen und ernsthaft zu überprüfen, wie die erneuerbar diese erneuerbaren Gase wirklich sind und wie hoch der Wirkungsgrad bei der Herstellung ist. Gibt es allenfalls Konkurrenz zur Nahrungsmittelproduktion (Biogaserzeugung)? Wo werden die erneuerbaren Gase eingesetzt? Im Bereich Niedertemperatur (Raumheizung), wie jetzt im Dekret abgebildet, oder besser im Bereich der Stromproduktion, respektive bei der Hochtemperaturwärme von Industrie und Gewerbe, wo es ja auch noch gewisse Lücken gibt, wie diese künftig erzeugt werden sollen. Insofern sollte die halbhatzige Lösung aus dem Dekretsentwurf herausgenommen und das Anliegen im Rahmen dieses Postulats sauber geprüft werden.

Andi Trüssel (SVP) richtet sich an Marco Agostini: Das Gesetz hätte nie mehrere Jahre sistiert werden sollen. Eine Sistierung wäre bis zu dem Zeitpunkt sinnvoll gewesen, wenn man Bescheid aus Bern erhält. Wenn es gut läuft, gibt es bereits diese Woche einen Entscheid über den Mantelerlass und das CO₂-Gesetz, also hätte man die Beratung zum kantonalen Energiegesetz im Herbst weiterführen können.

Zum Energieüberschuss: Ja, dieser existiert im Sommer. Das führt dazu, dass in Gösgen das Kraftwerk um 10 % reduziert werden muss, um das Netz stabil zu halten. Im Kraftwerk Birsfelden muss eine Turbine abgestellt und das Wasser über das Wehr abgelassen werden. All dies, damit das Netz nicht abstürzt und ein Blackout resultiert. Deshalb muss nun der Esel an den Ohren in den Stall gezogen werden.

Thomas Noack (SP) sagt, es werde aktuell über die allfällige Umwandlung in ein Postulat debattiert. Mit Blick auf den Motionstext stellt sich aber die Frage, welche Fragen überhaupt geprüft werden sollen. Was bringt es überhaupt, synthetisches Gas als erneuerbar zu bezeichnen? Man müsste darüber diskutieren, wie man das erneuerbare Gas nutzt und was die Rahmenbedingungen hierfür wären, beispielsweise dass für die Produktion nur Überschussstrom verwendet werden darf. Die Motion soll abgelehnt und ein neues Postulat mit konkreten Fragen eingereicht werden.

Christine Frey (FDP) dankt für die gute und wichtige Diskussion. Es ist schade, wird man in eine Schublade gesteckt, weil man nicht die Meinung des Mainstreams teilt. Christine Frey macht sich viele Gedanken zum Thema Energie und Stromversorgung. Sie hat versucht darzulegen, was sie bewegt und weshalb sie der Meinung ist, dass das geltende Energiegesetz ein gutes Gesetz ist. Mit diesem Vorstoss wollte sie zeigen, dass dieses Thema unabhängig vom Ausgang der Teilrevision weiterverfolgt werden kann. Wenn der Teilrevision mit einem 4/5-Mehr zugestimmt wird, dann ist das Thema bereits enthalten. Sollte dies nicht der Fall und die Revision an der Urne abgelehnt werden, wäre die Anerkennung der erneuerbaren Gase immer noch auf dem Tisch. Für eine Motion wird es nicht reichen, das hat die Diskussion gezeigt. Aus diesem Grund wandelt Christine Frey den Vorstoss in ein Postulat um. Die Fragestellungen sind klar.

://: Mit 67:8 Stimmen wird der Vorstoss als Postulat überwiesen.
